

## Hinweise zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. Vormundschaften Arbeitsbereich Beistandschaften

Mit diesem Hinweisblatt wollen wir Ihnen einen Überblick über Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns geben und Sie über Ihre Rechte aus dem Datenschutz informieren. Dazu sind wir gem. Art. 13, 14 DSGVO i.V.m. §§ 82, 82a SGB X verpflichtet.

1. **Verantwortliche Stelle** für den Datenschutz ist:

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

Postadresse:

Blücherstr. 62

10961 Berlin

Telefon: 030 787902-0

E-Mail: [info@awoberlin.de](mailto:info@awoberlin.de)

---

2. Den **Datenschutzbeauftragten** des Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes Berlin e.V. erreichen Sie wie folgt:

Thorsten Ritter

agentia wirtschaftsdienst compliance

Udo Wenzel & Thorsten Ritter GbR

Budapesterstr. 31

10787 Berlin

Telefon: 0171 / 5224457

[datenschutz@awoberlin.de](mailto:datenschutz@awoberlin.de)

---

3. Wir verarbeiten Ihre Daten und die Daten Ihres Kindes bzw. Ihrer Kinder auf **Grundlage** des Art. 6 Abs. 1b und c der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU DS-GVO), des § 35 SGB I, des § 68 SGB VIII, der §§ 67 ff. SGB X, des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

4. Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt, um die im Rahmen der (Vereins-) Beistandschaft übernommenen Aufgaben und Verpflichtungen erfüllen zu können. In der Zusammenarbeit mit Behörden findet auch ein Austausch Ihrer Daten statt.

**Unsere Aufgaben** als Beistand sind die Feststellung der Vaterschaft und / oder die Geltendmachung von Kindesunterhaltsansprüchen sowie Beratung gem. § 52a SGB VIII.

In der Zusammenarbeit mit Behörden findet auch ein Austausch Ihrer Daten statt.

Zur Erfüllung der uns übertragenen Aufgaben nutzen wir **keine vollautomatisierten Entscheidungsfindungsverfahren**. Es findet **kein Profiling** statt.

5. Wir verarbeiten soweit im Einzelfall **zur Aufgabenerfüllung erforderlich** folgende personenbezogene Daten: Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Anschrift, ggfs. Telefonnummer, ggfs. ausländerrechtlicher Status, ggfs. Krankenkassenzugehörigkeit, ggfs. Art und Dauer des Bezugs von Sozialleistungen, ggfs. Einkommensverhältnisse, ggfs. Kontodaten.

Ihre personenbezogenen Daten werden hier zur Erfüllung einer durch Gesetz übertragenen Aufgabe und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen erhoben.

Sofern die Daten von Ihnen nicht bereitgestellt werden, kann das dazu führen, dass wir die uns übertragene Aufgabe nicht erfüllen können und Ihnen bspw. bestimmte Leistungen nicht gewährt werden können. In bestimmten, durch Gesetz vorgegebenen Fällen, haben wir die Möglichkeit die erforderlichen Daten bei Dritten zu erheben, sofern die Daten von Ihnen nicht bereitgestellt werden.

6. Eine **Weitergabe Ihrer Daten innerhalb** des **Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes Berlin e.V. Vormundschaften** erfolgt **nur**, soweit das zur Erfüllung der unter 4. genannten Aufgaben und Verpflichtungen **notwendig und erforderlich** ist.

Eine **Weitergabe Ihrer Daten an Empfänger außerhalb** des Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes Berlin e.V. Vormundschaften dürfen wir **nur** vornehmen, wenn wir **gesetzlich dazu verpflichtet** sind, Sie eine **Einwilligung erteilt** haben oder eine **gesetzliche Bestimmung** die Weitergabe erlaubt. Unter diesen Voraussetzungen können im Einzelfall Empfänger Ihrer Daten beispielsweise sein: Andere öffentliche Stellen und Institutionen (z.B. Gerichte, Bezirksamter und deren Behörden, Rentenversicherungsträger, Krankenversicherungsträger, Finanzämter, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Bundesamt für Justiz) oder nicht öffentliche Stellen und Personen (z.B. von Ihnen beauftragte Rechtsanwälte bzw. Interessenvertreter, gesetzliche Vertreter Ihres Kindes, der andere Elternteil Ihres Kindes, Arbeitgeber, Banken).

Eine **Weitergabe Ihrer Daten an Stellen außerhalb der Europäischen Union oder an internationale Organisationen** dürfen wir **nur** vornehmen, wenn wir **gesetzlich dazu verpflichtet** sind, Sie eine **Einwilligung erteilt** haben oder eine **gesetzliche Bestimmung** die Weitergabe erlaubt. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger Ihrer Daten beispielsweise sein: Botschaften, Konsulate, für die Abwicklung und Ausführung internationaler Abkommen zuständige Behörden und Gerichte (z.B. Haager Unterhaltsübereinkommen).

In der Regel beruht unsere Befugnis zur Weitergabe Ihrer Daten auf einer gesetzlichen Bestimmung. Sofern die Befugnis auf Ihrer **Einwilligung** beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu **widerrufen**.

7. Ihre personenbezogenen Daten werden hier solange gespeichert, wie es zur Erfüllung der unter 4. genannten Aufgaben und Verpflichtungen erforderlich ist. Für abgeschlossene Vorgänge gelten **Aufbewahrungsfristen** zu deren Einhaltung wir verpflichtet sind. Nach Ablauf der entsprechenden Fristen werden die **Daten gelöscht**.

Nach den Ausführungsvorschriften über Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften für Kinder und Jugendliche (AV-VormBeist) der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft vom 10.11.2016 gelten folgende Aufbewahrungsfristen:

- Akten über Beistandschaften (§ 1712 ff. BGB) werden 10 Jahre aufbewahrt, beginnend ab dem Folgejahr der Volljährigkeit des Kindes.
- Beratungs- und Unterstützungsvorgänge (§ 52a SGB VIII) werden 3 Jahre aufbewahrt.
- Urschriften von Urkunden sowie das Mündelregister werden 100 Jahre lang aufbewahrt.

8. Sie haben bezogen auf Ihre hier gespeicherten personenbezogenen Daten grundsätzlich das Recht auf **Auskunft** (Art. 15 DSGVO), das Recht auf **Berichtigung** (Art. 16 DSGVO), das Recht auf **Löschung** (Art. 17 DSGVO), das Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DSGVO), das Recht auf **Widerspruch** (Art. 21 DSGVO) sowie das Recht auf **Datenübertragbarkeit** (Art. 20 DSGVO). Im Einzelfall kann es Einschränkungen dieser Rechte geben, sofern überwiegende Interessen Dritter vorliegen und ein zwingendes öffentliches Interesse an einer Einschränkung dieser Rechte besteht oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung der Daten verpflichtet, §§ 83, 84 SGB X.

Wenn Sie annehmen, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer persönlichen Daten in Ihren Rechten verletzt worden zu sein, können Sie sich an die zuständige Datenaufsichtsbehörde wenden. Diese geht der Beschwerde nach und unterrichtet Sie über das Ergebnis.

Zuständige **Datenaufsichtsbehörde** ist:

**Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,**

Postadresse:

Friedrichstr. 219,

Telefon: 030 13889-0

Email: mailbox@datenschutz-berlin.de